

Geschichte



Für einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“

PRAG. Der „Prager Frühling“ ist die Bezeichnung für die Bemühungen der tschechoslowakischen Kommunistischen Partei unter Alexander Dubček (im Bild) im Frühjahr 1968, ein Liberalisierungs- und Demokratisierungsprogramm durchzusetzen. Mit dem Begriff „Prager Frühling“

verbinden sich zwei gegensätzliche Vorgänge: Einerseits der Versuch, einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ zu schaffen, andererseits aber auch die gewaltsame Niederschlagung dieses Versuchs durch am 21. August 1968 einmarschierende Truppen des Warschauer Paktes.

VOR 45 JAHREN

Das Ende des „Prager Frühlings“

WICHTIGE TAGE UND STUNDEN: Die USA, Österreich und Südtirol im August 1968 – Entscheidende Ereignisse in Moskau, New York, Prag und Wien

VON PROF. ROLF STEININGER *

Im Jahre 1968 war die Weltmacht USA ins Taumeln geraten, ausgelöst durch den Vietnamkrieg. Die Tet-Offensive der Nordvietnamesen Anfang des Jahres hatte niemand mehr für möglich gehalten. Dann war Martin Luther King ermordet worden, dann Robert Kennedy. Völlig überraschend und unerwartet hatte Präsident Lyndon B. Johnson am Abend des 31. März seinen Verzicht auf eine erneute Kandidatur für das Präsidentenamt mitgeteilt. Vier Jahre zuvor hatte er einmal gesagt, er wolle nicht in einen Krieg in Asien verwickelt werden. Jetzt hatte ihn dieser Krieg, den er nicht gewollt hatte, politisch zu Fall gebracht.

Trotz – oder gerade wegen – der schwierigen Lage war Johnson bemüht, mit den Sowjets nach Wegen der Entspannung zu suchen. „Détente“ hieß das von nun an. Ein erster wichtiger Schritt war die Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrages am 1. Juli 1968. Für Oktober war ein Treffen mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten Alexej Kossygin auf einem Schiff vor Leningrad (heute St. Petersburg) vorgesehen. Eine entsprechende Mitteilung sollte am 21. August gleichzeitig in Washington und Moskau gemacht werden. Es kam bekanntlich anders.



Der Einmarsch russischer Soldaten und Panzer bedeuteten am 21. August 1968 das Ende des „Prager Frühlings“.

EPA

500.000 Soldaten, 6000 Panzer, 800 Flugzeuge

In der Nacht vom 20. auf den 21. August marschierten 500.000 Soldaten des Warschauer Paktes mit 6.000 Panzern und 800 Flugzeugen unter Führung der Sowjetunion in die Tschechoslowakei ein und beendeten gewaltsam den sogenannten „Prager Frühling“. Nach Meinung der amerikanischen Militärs war es eine „hervorragende Operation, sehr wirksam und sehr gekonnt durchgeführt“. Es war auch eine Aktion, die nachhaltige Auswirkungen hatte auf das westliche Bündnis, Österreich und auch Südtirol.

Die Entwicklung der Reformbewegung in der Tschechoslowakei seit Anfang 1968 unter Führung von Alexander Dubček war damals in Ost und West mit größter Aufmerksamkeit verfolgt worden. Der „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ war nach Meinung von Johnsons Sicherheitsberater Walt Rostow das Wichtigste, was seit dem Krieg in Europa geschehen war.

Das Ergebnis der Auseinandersetzung Prags mit der Sowjetunion und den übrigen Mitgliedsstaaten des Warschauer Paktes war demnach nicht nur von entscheidender Bedeutung für die Weiterentwicklung im Ostblock, sondern auch für das gesamte Ost-West-Verhältnis. Viele im Westen ahnten damals, was kommen würde. Aus Washington kam dennoch keine Warnung an die Adresse Moskaus. Entsprechende Überlegungen hatte Außenminister Dean Rusk abgelehnt und notierte: „No action.“

Das war und blieb durchgehend die amerikanische Reaktion, obwohl in ganz Europa die Kriegsfurcht umging. Ähnliche Aktionen in Rumänien, Jugosla-

wien, Albanien, Österreich und gegen West-Berlin wurden nicht ausgeschlossen.

„Der Kalte Krieg ist nicht vorbei“

Am 22. August erörterte Johnson mit seinen Mitarbeitern die Lage. Johnson war enttäuscht; es würde kein Gipfeltreffen mit Kossygin geben, denn, so der Präsident: „Der Kalte Krieg ist nicht vorbei.“ Man war sich dennoch einig, dass man der Tschechoslowakei nicht helfen konnte und auch nicht helfen wollte; an ein militärisches Eingreifen war gar nicht erst zu denken, denn das würde, so Rusk, „zum Welt-

krieg führen“. Die Kriegsfurcht der Europäer sollte aber vor allem zur Stärkung der NATO genutzt werden, d.h. dass sie ihre Verteidigungsanstrengungen erhöhen müssten. In diesem Sinne sollte vor allem Druck auf Bonn ausgeübt werden.

Wien hatte die Entwicklung im Nachbarland aufmerksam verfolgt und Vorbereitungen getroffen. Am 24. Juli war der Plan „Urgestein“ beschlossen worden. Er sah vor, dass eindringende oder flüchtende Truppenteile entwapfen werden und Einheiten des Bundesheeres an die Grenze verlegt werden sollten. Von der Invasion selbst wurde man dann aber auch völlig über-

rascht – und reagierte sehr zurückhaltend: Truppen wurden zwar verlegt, aber nur bis auf 30 Kilometer vor die Grenze.

Bruno Kreisky (SPÖ) erklärte daraufhin Bundeskanzler Josef Klaus (ÖVP) öffentlich zum Appeaser, also zum Beschwichtiger. Aber was noch schlimmer war: Österreichs Botschafter in Prag, Rudolf Kirchschräger, erhielt von Außenminister Kurt Waldheim die Weisung, für CSSR-Bürger die Botschaft zu schließen und keine Visa zu erteilen. Kirchschräger setzte sich bekanntlich über diese Weisung hinweg („Ich gestehe, dass ich es kaum über mich bringen würde, dieser Weisung nachzukommen, ohne

in schwerste Gewissenskonflikte zu geraten.“) In Wien herrschte teilweise Panik, Kanzler Klaus rechnete sogar mit dem Ernstfall, der Okkupation Österreichs. Für den Fall plante er, die Regierung von Wien in den Westen des Landes zu verlegen.

Hochrangige Südtirol-Besprechung in Wien

In dieser angespannten Atmosphäre fand am 21. August eine seit längerer Zeit festgelegte, hochrangige Südtirol-Besprechung in Wien statt. In der Südtirolfrage war man seit Jahren nicht wirklich weitergekommen. In zahlreichen Verhandlungen mit den Italienern war zwar das von Kreisky 1964 ausgehandelte „Paket“ weiterentwickelt worden, aber das Misstrauen auf beiden Seiten geblieben. „Paket“ hieß Autonomie.

In (Süd-)Tirol gab es Gegner dieser Lösung – und die forderten als Minimum eine internationale Absicherung des Pakets. Italien war nicht bereit, dies zuzugestehen. Als „Ersatz“ hatte man sich auf den sogenannten „Operationskalender“ geeinigt. Mitte 1968 war erkennbar, dass Italien abschließen wollte. Was lediglich als Routinesitzung geplant war, sollte nun zu einer entscheidenden Sitzung in der Südtirolfrage werden.

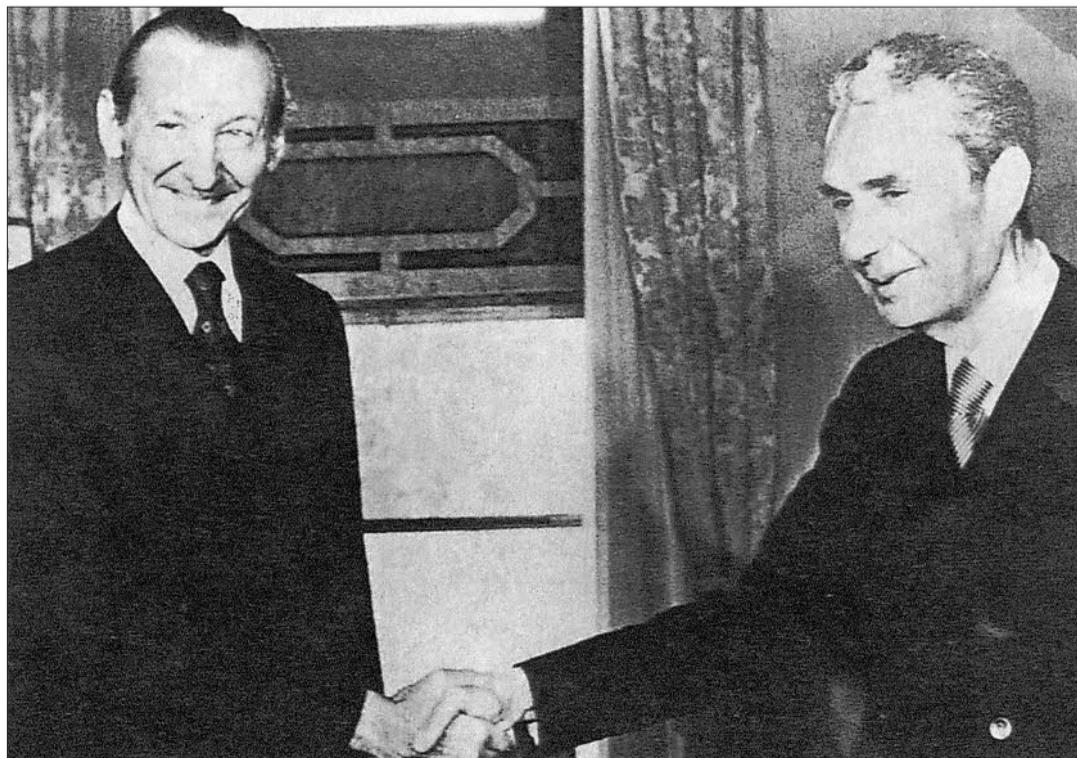
Die Besprechung stand jetzt ganz unter dem Eindruck der Ereignisse in der Tschechoslowakei. „Gerade die tiefe Tragik dieser Vorgänge“, so Waldheim später im Ministerrat, „hat alle Tagungsteilnehmer in der Überzeugung bestärkt, dass eine vernünftige und baldige Lösung der Südtirolfrage notwendig ist.“

Eine auf dem friedlichen Weg der Verhandlungen vereinbarte,

für alle Beteiligten letztlich vorteilhafte Lösung hatte seiner Meinung nach „viele günstige Folgen: Sie würde den Südtirolern neue Wege und Möglichkeiten öffnen, in ihrem Lande die Ziele des Pariser Abkommens [aus dem Jahre 1946] zu verwirklichen und zu sichern: sie könnte ein Modellfall für eine vernünftige Minderheitenlösung werden; sie würde das Verhältnis zu unserem Nachbarn Italien entlasten und neue Grundlagen für Freundschaft und Zusammenarbeit schaffen; sie wäre schließlich eine Bestätigung der Verlässlichkeit und Glaubwürdigkeit unserer Außenpolitik.“ Letzteres war auch mit Blick auf die Tschechoslowakei dringend nötig.

Entscheidender Durchbruch nach langem Stillstand

Alle Bedenken konnte Waldheim damit zwar nicht ausräumen, aber es gab die grundsätzliche Zustimmung zu „Paket“ und „Operationskalender“. Nach all dem Stillstand der vergangenen Jahre war dies der entscheidende Durchbruch. Die Spannung und Aufregung im Zusammenhang mit der sowjetischen Aktion legten sich schon bald. Und so verwundert es nicht, dass es dann doch noch über ein Jahr bis zur endgültigen Einigung in der Südtirolfrage dauern sollte.



Die Außenminister Kurt Waldheim (links) und Aldo Moro beschlossen am 30. November 1969 den Zeitplan zur Durchführung des Operationskalenders zum Paket – über ein Jahr nach der Südtirol-Besprechung in Wien, die wenige Stunden nach dem Ende des „Prager Frühlings“ stattfand.

Archiv

* = Univ. Prof. Rolf Steininger ist Emeritus für Zeitgeschichte an der Universität Innsbruck. Zu seinen Forschungsgebieten gehört die Geschichte Südtirols genauso wie die globale zeitgeschichtliche Entwicklung.